Abonnement für Stettin monatlich 50 Pfennige,
mit Trägerlohn 70 Pfennige, auf der Post vierteljährlich 2 Mark,
mit Landbriefträgergeld 2 Mark 50 Pfennige.

Inserate: Die 4gespaltene Petitzeile 15 Pfennige.
Redaktion, Druck und Verlag von R. Graßmann. Sprechstunden nur von 12—1 Uhr
Stettin, Kirchplatz Nr. 3.

Stettiner Zeitung.

Morgen-Ausgabe. Mittwoch, den 18. Januar 1882. Nr. 29

Deutschland.

Berlin, 17. Januar. Die vom Staatssekretär des Innern v. Boetticher einberufene technische Subkommission der großen Reichs-Pharmakopöe-Kommission trat gestern im kaiserlichen Gesundheits-Amte zu ihrer ersten Sitzung zusammen. Den Vorsitz führte der Direktor des Gesundheitsamtes, Geheimrath Dr. Struck. Die Subkommission besteht aus den chemischen und pharmazeutischen Mitgliedern der Plenarkommission, welchen außerdem als ärztliche Delegirte die Professoren von Ziemßen (München), Gerhard (Würzburg) und Eulenburg (Greifswald) beigegeben sind. Aus den Berathungen der Subkommission dürfte, wie die „N.-Z." mittheilt, ein völlig ausgearbeiteter und in allen Details fertig gestellter und geprüfter Entwurf des neuen deutschen Arzneigesetzbuches hervorgehen. Derselbe wird dann den im Gegensatze zur ursprünglichen Kommissionsmehrheit gefaßten Bestimmungen des Bundesrathes zufolge ins Lateinische übertragen werden, um später der Plenar-Kommission in dieser Gestalt zu nochmaliger definitiver Durchberathung unterbreitet zu werden.

— Am Montsg Abend fand im Saale der „Tivoli-Brauerei" (am Kreuzberg) wiederum eine von etwa 500 Personen besuchte Beamten-Versammlung statt. Geh. Sekretär Wolkewitz (Kriegsministerium) eröffnete die Versammlung mit einem dreifachen Hoch auf den Kaiser. Geh. Sekretär Engelhardt (Kriegsministerium) berichtete hierauf über die am Freitag Abend stattgehabte Versammlung und über die Schritte, die das in dieser Versammlung gewählte Komitee zur Inszenirung des bereits beschlossenen Fackelzuges, der am 18. Januar, aus Anlaß des kaiserlichen Erlasses vom 4. d. M. als Zeichen der Treue und Ergebenheit seitens der Berliner Beamten dem Kaiser und dem Fürsten Bismarck gebracht werden sollte, gethan hat. Von vier königlichen Behörden haben sich am Sonnabend 1000 Beamten schriftlich verpflichtet, sich am Fackelzuge zu betheiligen. Außerdem haben 200 Beamte der Niederschlesisch-Märkischen Eisenbahn dieselbe Erklärung abgegeben und wenn — wie wohl mit Sicherheit angenommen werden darf — die aus über 400 Personen bestehende Versammlung ebenfalls bereit gewesen wäre, sich am Fackelzuge aktiv zu betheiligen (lebhafte Zustimmung), so hätten sich 1600 Fackelträger an dem Fackelzuge betheiligt. Auch die Kostenfrage, die Frage der Fackelbeschaffung bis zum 18. Januar u. s. w., sei bereits vollständig gelöst gewesen. Die Beamten Berlins wären danach im Stande gewesen: einen aus 1600 Fackelträgern bestehenden Fackelzug mit vier vollständigen Musikkorps, 4 Fahnen und 4 Equipagen, von denen eine vierspännig, in Szene zu setzen. Allein auf eine Anfrage, zunächst von dem Fürsten Bismarck, sei die Antwort eingegangen: „Ein für Se. Majestät den Kaiser bestimmter Fackelzug kann nicht gleichzeitig dem Fürsten Bismarck gebracht werden." Auf eine Anfrage bei dem Kaiser hat das Hofmarschall-Amt geantwortet: Se. Majestät der Kaiser erblickt in dem beschlossenen Fackelzug ein Zeichen der Treue und Anhänglichkeit an das Kaiserhaus; Se. Maj. wolle jedoch nicht die Beamten zu unnöthigen Geldausgaben veranlassen. Unter dem „p. p." — so fuhr Herr Engelhardt fort — versteht das Komitee, daß Se. Majestät jede Ovation, auch den beabsichtigten Kommers und die Ergebenheits-Adresse ablehne. Das Komitee betrachte daher seine Mission für erledigt. — Lieutenant a. D. Kasernen-Inspektor Jensen: Meiner Meinung nach ist unsere Mission noch lange nicht beendet. M. H., wir gehen einer schweren Zeit entgegen, es ist deshalb mehr als je Pflicht jedes Beamten, fest und treu für das Kaiser- und Königshaus Hohenzollern einzustehen. (Stürmischer Beifall.) Aus diesem Grunde empfiehlt es sich, daß wir fest zusammenhalten und die uns jetzt gebotene Gelegenheit benutzen, um eine Beamten-Vereinigung zu gründen. (Beifall.) Nach längerer Debatte wurde dieser Vorschlag acceptirt und ein Komitee bestehend aus dem Regierungs-Sekretär Meyendorf, Eisenbahn-Sekretär Marggraff, Lieutenant a. D. Kasernen-Inspektor Jensen, Post-Sekretär Gappert, Telegraphen-Sekretär Würb, Hauptmann a. D. Scholz und Eisenbahn-Sekretär Sattler mit den weiteren Schritten beauftragt. Geh. Sekretär Wolkewitz schloß alsdann die Versammlung mit einem dreifachen Hoch auf den Kaiser.

— Die dem Reichstag zugegangene Statistik der Reichstagswahlen vom 27. Oktober v. J. läßt zunächst erkennen, daß die Betheiligung um rund 700,000 Stimmen geringer war als die im Jahre 1878 (5,097,760 Stimmen gegen 5,760,947, beides bei dem ersten Wahlgange, der sich überhaupt nur zur Vergleichung eignet). Wegen dieses allgemeinen Rückganges der Zahl der Abstimmenden ist es denn auch zunächst ohne Bedeutung, wenn, wie es seitens des Kanzlers im Reichstag betreffs der Liberalen geschehen, ein Rückgang der Stimmen einzelner Parteien konstatirt wird. Die für alle liberalen Fraktionen (ausschließlich der Volkspartei) abgegebenen Stimmen sind von 1,871,000 auf 1,825,000 zurückgegangen, also um etwa 46,000, während die Liberalen nach dem Verhältniß des Rückganges der gesammten Wahlbetheiligung 230,000 Stimmen hätten verlieren können; sie haben also relativ erheblich mehr Stimmen erhalten als 1878. Dagegen haben die beiden konservativen Fraktionen zusammen mehr Stimmen verloren, als der Verringerung der Wahlbetheiligung entsprechen würde: 325,000 statt 215,000 Stimmen.

Bemerkenswerth ist, wie die große Zahl der diesmaligen Stichwahlen das von dem Fürsten Bismarck hervorgehobene Mißverhältniß zwischen der für die verschiedenen Parteien abgegebenen Stimmenzahl und der Zahl der ihnen zugefallenen Mandate im Vergleich mit früheren Wahlen erheblich verstärkt hat. So haben die Deutsch-Konservativen statt 64 Mandaten, welche pro rata der im ersten Wahlgang für sie abgegebenen Stimmen auf sie fallen müßten, nur 50 erhalten; dafür haben die Klerikalen 100 statt 92, die ihnen nur gebührten, ihre welfischen Hospitanten 10 statt 7, ihr polnisches Hülfskorps 18 statt 15 erhalten, so daß die Sache sich in allen den Fällen, wo die konservativ-klerikale Allianz sich bekundet, ziemlich ausgleicht. Auf der linken Seite sind diejenigen Liberalen, welche zu keiner der drei Fraktionen zu rechnen sind, am meisten zu kurz gekommen: sie haben statt 9 Mandate, die nach dem Verhältniß der abgegebenen Stimmen ihnen zufallen mußten, nur 1 echalten; die National-Liberalen müßten pro rata der abgegebenen Stimmen 50 Abgeordnete zählen, während sie nur 46 Mann stark sind. Dagegen hat die liberale Vereinigung 46 statt 32 Mandate erhalten, die nach der für sie im ersten Wahlgange abgegebenen Stimmenzahl auf sie fallen müßten, und die Fortschrittspartei 60 statt 50. Die Sozialdemokraten, welche vermöge der Ansammlnng ihrer Anhänger in einzelnen Bezirken und der nur ganz sporadischen Verbreitung derselben über das gesammte übrige Reichsgebiet in dieser Hinsicht jedes Mal am schlechtesten fortkommen, haben statt 24 nur 12 Mandate erhalten.

Allerdings haben diese Berechnungen insofern nur einen problematischen Werth, als sich nicht feststellen läßt, wie weit auf das Ergebniß der Stichwahlen außer den Partei-Koalitionen auch das Herbeiziehen von Verstärkungen der siegreichen Partei, die eigentlich der für diese im ersten Wahlgange konstatirten Stimmenzahl hinzugerechnet werden müßten, eingewirkt hat. Auch kommt in Betracht, daß die Parteien mit der Aufstellung von Zählkandidaturen sehr verschieden verfahren; namentlich die Sozialdemokraten haben solche fast überall aufgestellt, während die Anhänger einer liberalen Fraktion, welche in dem betreffenden Wahlkreise von Anfang an keine Aussicht auf Erfolg hatte, vielfach schon im ersten Wahlgang für den Kandidaten einer andern liberalen Fraktion stimmten.

— Die „Germania" schreibt:

„In parlamentarischen Kreisen erzählt man, daß die Stellung des Ministers für Landwirthschaft Dr. Lucius erschüttert sei. Man bringt das in Verbindung mit angeblichen Differenzen zwischen dem Minister und dem Fürsten Bismarck bezüglich der Wirthschafts- und Sozialpolitik. Wir registriren die Gerüchte, ohne eine Gewähr dafür zu übernehmen."

Wie der „Post" von zuverlässiger Seite versichert wird, entbehrt diese Nachricht aller und jeder Begründung.

— Der Zentralverband deutscher Industrieller hat heute folgende Petition an den Reichstag gerichtet:

Der von den Abgeordneten Dr. Buhl und Genossen eingereichte Gesetzentwurf, betreffend die Entschädigung bei Unfällen und die Unfallversicherung der Arbeiter, ist für die deutsche Industrie unannehmbar. Derselbe erklärt den Unternehmer für jeden beim Betriebe sich ereignenden Unfall als haftbar, selbst wenn dieser Unfall durch grobes Verschulden des Arbeiters herbeigeführt ist; er beseitigt die nach der Erfahrung unbedingt erforderliche Karenzzeit, er verstößt gegen das Prinzip der korporativen Selbsthülfe, weil derselbe von jeder Heranziehung des Arbeiters zu den Beiträgen und zu der Verwaltung der Unfallskasse absieht, während grade die Mitbetheiligung des Arbeiters an der Verwaltung ähnlicher Kassen sich in ethischer und finanzieller Beziehung als segensreich erwiesen hat.

Durch die neuen, in ihrer Tragweite gar nicht absehbaren Lasten, welche dieser Entwurf der deutschen Industrie aufbürdet, wird dieselbe nicht nur in ihrer Konkurrenzfähigkeit gegen das Ausland empfindlich beeinträchtigt, sondern es wird vor Allem der Unternehmungsgeist völlig gelähmt und gerade dadurch der Arbeiter am meisten geschädigt werden.

Der Zentralverband deutscher Industrieller hat wiederholt die volle Bereitwilligkeit der deutschen Industrie ausgesprochen, die Frage der Unfallversicherung auf einer breiteren Basis zu lösen und erhebliche Opfer dafür zu übernehmen; in dem gegenwärtig eingeschlagenen Wege kann derselbe indeß eine gedeihliche oder auch nur erträgliche Lösung derselben nicht erkennen.

Für heute auf diese wenigen und prinzipiellen Bemerkungen uns beschränkend, bitten wir den Hohen Reichstag, den Gesetzentwurf abzulehnen.

Richter, Generaldirektor der Vereinigten Königs- und Laurahütte. Th. Haßler, königl. bairischer Kommerzienrath. E. Russell, Bürgermstr. a. D.
Schück, Regierungsrath a. D.
Der Geschäftsführer: Beutner, Regierungsrath a. D.

— Es ist sehr wahrscheinlich, daß die Verhandlungen über die neue kirchenpolitische Vorlage der Regierung im Plenum und in der Kommission, welcher sie ohne Zweifel überwiesen wird, wieder mancherlei Phasen durchmachen wird, wenngleich sie bei der ablehnenden Haltung der gesammten liberalen Seite sich diesmal nicht so wirr und schwankend gestalten dürften, wie im Jahre 1880. Die Situation ist diesmal insofern ungleich klarer, als von vornherein feststeht, daß das Zentrum durch seine Stimmen die Entscheidung für die Annahme oder Ablehnung zu geben hat. Auf sein polnisches Hilfskorps dürfte es für die Annahme nicht rechnen können: die Bemerkung in den Motiven, besonders die Zustände in den polnischen Landestheilen erforderten das System der diskretionären Vollmacht, hat die Polen tief verstimmt; sie sind entschlossen, gegen die Vorlage zu votiren. Zunächst sollte man vermuthen, daß auch das Zentrum, nachdem es sich wiederholt so lebhaft gegen jenes System erklärt hat, die Vorlage abweisen werde; in parlamentarischen Kreisen wird aber hierauf keineswegs mit Bestimmtheit gerechnet, vielmehr für sehr wahrscheinlich gehalten, daß das Zentrum schließlich zustimmen werde. Die Aeußerungen der „Germania", welche hauptsächlich geltend macht, daß durch die Einführung der diskretionären Befugniß für die Regierung der Antrieb zu einer definitiven Revision der Maigesetze fortfalle, sprechen dafür: wenn man besonders einen solchen Zweckmäßigkeits-Gesichtspunkt betont, dann steht wohl die Absicht, diesem später durch irgend einen Vorbehalt Rechnung zu tragen, im Hintergrunde, während man sich mit den prinzipiellen Bedenken bereits abgefunden hat.

— Die „Germania" schreibt über die neue kirchenpolitische Vorlage u. A.:

Nach dem Gesetzentwurfe und seiner Begründung fehlt es auch heute noch der Staatsregierung an der Basis zu einem wirklich dauernden und segensreichen Frieden zwischen Staat und Kirche: an der Ueberzeugung und dem Vertrauen, daß die freie Thätigkeit der Kirche auch für den Staat eine Wohlthat und für die katholische Kirche eine Nothwendigkeit ist. Wieder beruht der Gesetzentwurf neben einigen dauernden Aenderungen der Maigesetze, insbesondere betreffs der Anzeigepflicht, auf diskretionären Befugnissen für die Staatsregierung. Da wir keine Gründe sehen, warum nicht jetzt geschehen kann, was nöthig ist, da ferner der Gesetzentwurf selbst von einem vorübergehenden Charakter seiner Regelungen nichts sagt und die Motive ja nicht entscheiden, so bleibt gegenüber dem Gesetzentwurf, soweit er diskretionäre Vollmachten enthält, das beständige Bedenken, daß man, sobald diese erreicht sind, regierungsseitig kein Bedürfniß mehr empfinden könnte, dauernd zu ändern. Das gilt selbst von der jetzigen Regierung, und diese Sorge verstärkt sich im Hinblick auf die stets vorhandene Möglichkeit anders gesinnter Minister. Neu ist in der Motivirung der diskretionären Befugnisse „die Rücksicht auf die Landestheile mit polnischer Bevölkerung." Wir können dem gegenüber nur erklären, daß auch in diesen Landestheilen die Kirche durch ihre göttliche Sendung und durch historisches, in Verträgen und Königsworten feierlich garantirtes Recht nicht der Gnade wechselnder Regierungssysteme überlassen bleiben kann. . . Gegenüber dem Juligesetze enthält der Gesetzentwurf in der That wieder einige Fortschritte, die wir gerne, wie jede Konzession auf dem Wege zur Wiederherstellung des Friedens, anerkennen. Aber die Maigesetze haben so durchaus die Natur und Aufgabe der Kirche und ihr Verhältniß zum Staate verkannt und entstellt, daß solcher Schritte, wie jetzt wieder einer vorliegt, noch viele nöthig sind, um von Frieden reden zu können. Viele der wichtigsten Punkte der Maigesetze werden noch gar nicht berührt, andere theils diskretionär oder doch materiell ungenügend geregelt. . . So weit für heute über den wiederum einen gewissen Fortschritt bedeutenden, aber noch durchaus keinen Abschluß ermöglichenden Gesetzentwurf.

Man sieht: das Urtheil des klerikalen Blattes ist sehr zurückhaltend; man ist im Zentrum wohl noch keineswegs zur unbedingten Verwerfung der diskretionären Vollmachten entschlossen, da man sich sagen muß, daß die Konstellation von 1880, wo andere Parteien dem Zentrum das ihm so nützliche Juligesetz votirten, sich nicht wiederholen wird.

— Herr v. Rauchhaupt hat, während soeben die freikonservative Partei hier eine Berathung über die Erneuerung ihrer Organisation hielt, in einer in Wittenberg gehaltenen Rede die Bildung einer, alle konservativen Schattirungen umfassenden „großen konservativen Partei" befürwortetet; er bemerkte u. A.:

Mehr Disziplin, aber auch mehr Geschlossenheit aller konservativen Elemente im Lande, als seither bestand. Die große konservative Partei gliedert sich zur Zeit noch in Freikonservative und Deutschkonservative, das ist ein mißlicher Zustand, der die Macht der Partei hemmt und eine offene Bresche in unser konservatives Lager legt. Ich meine, es ist hohe Zeit, daß diese Spaltung der Konservativen endlich aufhört. Mochte es auch eine Zeit geben, wo die Bildung einer freikonservativen Partei geboten war, — ich selbst habe ja außerdem nothgedrungen auch ein Mal eine neu-konservative Partei helfen müssen begründen — so ist jetzt meines Erachtens die Zeit für das Fortbestehen verschiedener gesonderter konservativer Parteien absolut vorüber. Es ist selbstverständlich, daß in jeder Partei strenger und frei Denkende sein werden, aber dieser Gegensatz darf nie und nimmer durch gesonderte Parteibildung zum Ausdruck kommen, sondern derselbe muß sich innerhalb der Partei selbst abschleifen. Eine jede Richtung muß die Selbstüberwindung besitzen, von der abweichenden Meinung der anderen Richtung so viel anzunehmen, als die Gesammt-Interessen der konservativen Sache erfordern.

— Das polnisch-ultramontane Organ des Grafen Ledochowski, der „Kuryer Pozn." in Posen, bringt einen Artikel über die abgesetzten Erzbischöfe Melchers und Ledochowski, in welchem es heißt:

„Daß die hochwürdigsten Herren bereit sind, auf die ihnen lieb gewordenen Bischofsstühle zu verzichten, falls das Interesse der Kirche dies verlangen und der Heilige Vater eine solche Forderung stellen sollte, darüber ist Niemand im Zweifel. Bisher hat die preußische Regierung jedoch durch Nichts zu erkennen gegeben, daß sie diese Resignation verlangen werde, während viele Gründe für die Meinung sprechen, daß sie dieselbe nicht für nöthig hält. Ich weiß nicht, in welcher Lage sich der Erzbischof von Köln befindet, allein sicher ist, was die Erzdiözese Gnesen-Posen anbetrifft, Kardinal Ledochowski die entsprechendste Persönlichkeit für den einstigen Primassitz, wenn dem Fürsten Bismarck an einer dauernden Abstellung der Uebelstände, an einer Heilung, wenn auch nicht aller, so doch wenigstens der hauptsächlichsten Wunden in der katholischen Gesellschaft gelegen ist. Wenn es in anderen Diözesen eine schwere Aufgabe ist, die verursachten Schäden wieder gut zu machen, so ist dies bei uns hundertmal schwieriger; wenn dazu anderswo eine außergewöhnliche Energie, verbunden mit Milde und Takt, nothwendig ist, so sind diese Eigenschaften bei uns in noch höherem, ja — um einen

kirchlichen Ausdruck zu gebrauchen — in fast heroischem Grade erforderlich. Fürst Bismarck weiß das sehr wohl, er weiß auch, daß der Kardinal und Primas, dessen hohe Begabung und außerordentlichen Takt er seit langer Zeit kennt, der Mann der Situation ist, der einerseits die Regierung beim Verlassen des falschen Weges unterstützen, andererseits aber auch mit erfahrener Hand Ordnung und Ruhe in unsere zerschlagenen unseligen Verhältnisse bringen wird."

Die „Germania", welche diese Ausführungen wiedergiebt, erklärt sie für „in allen Punkten zutreffend"; sie wolle durch keinen Kommentar den Eindruck abschwächen.

— Der „Köln. Ztg." wird geschrieben: In ganz Irland wurde am Freitag ein von der Geistlichkeit der entstaatlichten irischen Kirche angeordneter Buß- und Bettag abgehalten. Die an diesem Tage gehaltenen Predigten waren den traurigen Zuständen in Irland gewidmet, die sich noch immer nicht ändern wollen, obschon die Regierung alle möglichen Anstrengungen macht, die Ruhe wieder herzustellen. Nicht weniger als 463 „Verdächtige" sitzen jetzt hinter Schloß und Riegel, d. i. 129 mehr als im Monat November, und fast täglich noch werden neue Verhaftungen vorgenommen. Die Frauenliga arbeitet trotz des Verbots und obschon mehrere ihrer Mitglieder verhaftet worden sind, ruhig weiter und wird sogar noch durch jene 50 junge Amerikanerinnen verstärkt werden, deren Ankunft stündlich erwartet wird. Dem Vernehmen nach beabsichtigt die Regierung, das Parlament noch um eine größere Erweiterung ihrer Machtvollkommenheiten zu ersuchen.

In verschiedenen Gegenden des Landes sind auch in der letzten Woche wieder allerhand Ausschreitungen vorgekommen, doch haben sich die Bauern mehr auf Verhinderung von Jagden beschränkt. In den meisten Fällen veranstaltete das Volk selbst Treibjagden und schickte das dabei erbeutete Wild an die politischen Gefangenen. Das zur Verhinderung dieser Landliga-Jagden ausgeschickte Militär sah dem Treiben in der Regel theilnahmlos zu und in Werford stimmten sogar einige Hundert Dragoner, die zur Unterdrückung einer solchen Jagd ausgesandt worden waren, irische Nationallieder an und ließen Parnell hochleben, worin sie von den anwesenden Landligisten wacker unterstützt wurden.

Der vor kurzem festgenommene Connell, den man für den ursprünglichen „Kapitän Moonlight" hielt, wird allgemein als ein Polizeispion angesehen, durch den andere in die Falle gelockt werden sollten. Das letztere scheint indessen nicht ganz gelungen zu sein. In einigen Orten sind geheime Waffenlager entdeckt worden, doch waren dieselben von keinem Belang und stellten sich in einem Falle sogar als das Eigenthum von Gerichtsvollziehern heraus, welche die Waffen nur sicher aufzubewahren gesucht hatten. Die jüngst verhafteten vier Vorstandsmitglieder der Frauen-Laudliga von Drumcollagher wuram Freitag wegen gesetzwidriger Abhaltung einer Liga-Versammlung zu je 4 Wochen Gefängniß verurtheilt.

— Der „Golos", die hervorragendste liberale Zeitung Rußlands, wurde bekanntlich vor mehreren Monaten wegen einiger liberaler Aeußerungen unterdrückt. Wie „C. T. C." aus Petersburg von heute meldet, ist dem „Golos" durch Verfügung des Grafen Ignatjew von morgen ab das Wiedererscheinen gestattet worden. Sehr bemerkenswerth ist ferner die offizielle Meldung, daß General Tschewin zum General-Adjutanten und der plötzlich verabschiedete Oberst Graf Schuwalow im Leibgarde-Regiment wieder angestellt und zum Flügel-Adjutanten des Kaisers ernannt worden ist. Der Oberst ist einer der Hauptführer der „heiligen Liga" und war Adjutant des Großfürsten Wladimir, als solcher nahm er seinen Abschied wegen einiger ungnädiger Aeußerungen des Großfürsten Wladimir. Der „Presse" wird aus Petersburg vom 12. d. gemeldet, daß am Weihnachtstage in Rostow am Don achtzehn Personen beim Vertheilen von Proklamationen in flagranti ergriffen wurden. Auf telegraphischen Befebl werden diese Personen nach Petersburg transportirt und sollten spätestens am 12. eintreffen. In der Hauptstadt hat man am zweiten Weihnachtstage fünfzehn Personen, darunter drei Frauen, verhaftet, welche man seit dem April vorigen Jahres suchte; zwölf von ihnen hatten sich in einer leeren Ziegel-Scheune an der Ochta versteckt.

— Ein Telegramm, das gestern in Wien an die „Nat.-Ztg." aufgegeben werden sollte, wurde von dem Telegraphenbeamten zurückgewiesen, dasselbe geht derselben nun brieflich zu und lautet:

Wien, 16. Januar. Der Aufstand in der Herzegowina hat größere Verhältnisse angenommen, die österreichische Gensdarmerie zieht sich zurück, die einheimische desertirt. Am Chim zeigen sich ebenfalls Banden, die von Novibazar herüberkommen. Tisza befindet sich hier, es fand Ministerrath statt, in welchem beschlossen wurde, den Belagerungszustand in der Herzegowina unverzüglich zu erklären und weitere Truppen nachzusenden. Den Delegationen soll eine Krediforderung von 15 Millionen Gulden zugehen.

— Ueber die telegraphisch gemeldete Ermordung dreier Missionsväter im Tripolitanischen liegen jetzt einige neue Einzelheiten vor. Der Erzbischof von Algier, Herr Lavigeris, den der heilige Stuhl auch mit der Pflege der katholischen Interessen in Tunis betraut hat, war kaum in der Hauptstadt der Regentschaft angelangt, als er in seinem propagandischen Eifer auch schon Missionen in das Innere des Landes und nach dem südlichen Algerien einzuleiten begann. Er schickte nach Tripolis fünf Missionäre von dem von ihm selbst gegründeten Orden der Pères Blancs. Drei derselben machten sich mit einem schwachen Geleite von algerischen Arabern vor einigen Tagen nach Ghadames auf, von wo sie den Süden Algeriens zu erreichen gedachten. In Ghadames angekommen, wurden sie vor der Gefahr, die ihnen drohte, gewarnt, achteten aber darauf nicht weiter. Eine Tagereise von Ghadames in der Richtung nach Ghat wurden sie von einem Haufen Tuaregs überfallen und ermordet. Die Eskorte blieb verschont und überbrachte nach Tripolis den dort zurückgebliebenen beiden Missionaren die Kunde von der Blutthat. Diese Tuaregs bewohnen dieselbe Gegend, wie diejenigen, welche die Mission Flatters umgebracht haben.

Ausland.

Paris, 14. Januar. Die von auswärts hier eingehenden Berichte über die Aufnahme, welche die französisch-englische Note an den Vizekönig von Egypten bei den andern Mächten gefunden hat, bestätigen keineswegs die Ansicht der „Rep. fr.", der zufolge der Schritt der beiden Mächte gerade jetzt besonders „zeitgemäß" sei. Wenn man in Frankreich und England der Ansicht ist, daß Egypten mit Haut und Haaren den Westmächten gehöre, so denkt man offenbar in Wien und in Rom anders darüber, nicht zu reden von der Türkei, die ihre Suzeränitätsrechte niemals gutwillig aufgeben wird. So sehr man hier im Allgemeinen geneigt ist, jeder kraftvollen Aktion der Regierung nach außen möglichste Unterstützung zu gewahren, wird gerade die egyptische Angelegenheit hier mit sehr getheilten Gefühlen aufgenommen. Man fürchtet, in ein Abenteuer gestürzt zu werden, und daß dies möglicherweise in Gesellschaft Englands geschehen werde, ist eben kein großer Trost. Der Ausgang der tunesischen Unternehmung ist so wenig verlockend zu neuen Anschlägen gegen die Macht des Sultans, daß die Mehrheit es bei weitem am liebsten sähe, wenn Gambetta sich in der orientalischen Frage recht zurückhaltend zeigte. Es ist aber leider anzunehmen, daß das seinem Willen nicht im Geringsten entspricht und daß er vor der orientalischen Frage nicht diejenige Scheu hat, welche alle diejenigen haben, denen der europäische Friede am Herzen liegt.

Die gestrigen Berathungen der radikalen Linken, die das Verbindungsglied zwischen dem republikanischen Verein und der äußersten Linken bildet, ließen im Allgemeinen die Geneigtheit erkennen, das Ministerium Gambetta trotz mannigfacher Unzufriedenheit zu unterstützen. Sie beschloß, eine Deputation an Gambetta zu schicken, um ihm von der Aufstellung der Listenwahl abzurathen. Diese Abordnung ist nun von Gambetta nicht nur abschläglich beschieden worden, sondern scheint auch noch etwas schroff behandelt worden zu sein, wenigstens beklagte sich der Abgeordnete Ballue, als er seiner Gruppe Bericht erstattete, über die „hochmüthige Haltung" des Ministerpräsidenten. Die Besprechungen, welche hierauf im Schooße dieser Gruppe stattfanden, stellen eine wachsende Erbitterung fest, und viele Mitglieder, die gestern noch für Gambetta waren, verlangen heute, daß die Gruppe gegen das Ministerium stimmen und seinen Sturz herbeiführen solle. Gambetta zeigte sich der Deputation gegenüber stolz und siegesgewiß und behauptete, daß er mit Sicherheit auf eine nicht unerhebliche Mehrheit rechnen könne. Glaubt er das wirklich oder sucht er nur den Gegnern der Listenwahl Angst zu machen? Wenn die radikale Linke wirklich von ihm abfällt, dann wird der republikanische Verein nicht stark genug sein, um ihn zu retten. Wie die Stimmung ist, kann man aus der Haltung der fast durchweg von Deputirten redigirten Blätter ersehen. Unter den größeren Blättern sind es nur drei, die offen für Gambetta eintreten: „Republique française", „Voltaire" und „Paris"; alle andern verwerfen mit mehr oder minder Heftigkeit die Listenwahl, d. h. die gemäßigten Republikaner, die äußerste Linke, die Monarchisten stehen zusammen; wenn sie bei der Stimmabgabe fest bleiben und wenn die radikale Linke noch hinzutritt, dann wird Herr Rouvier in die traurige Lage kommen, sein Ministerportefeuille niederlegen zu müssen, ehe er noch ein Ministerhotel bezogen hat. Der Sturz des Ministeriums ist nicht gewiß, aber er ist möglich. Gambetta hat sich bei der Listenwahl schon einmal geirrt und die Lage ist für ihn nicht günstiger als damals. Er sucht jetzt die Listenwahl dadurch annehmbar zu machen, daß er ihre Nichtanwendung vor dem Jahre 1885 verspricht, und seine „Rep. fr." lobt die gegenwärtigen Deputirten und verspricht mit größter Feierlichkeit, daß sie nicht aufgelöst werden sollen. Aber man glaubt Gambetta nicht mehr, und wenn er alle seine Minister zu Eideshelfern anrufen sollte. Die „Republique" hat nun auch noch die Ungeschicklichkeit begangen, daß sie, während sie die Deputirten heftig lobt, doch zugiebt, daß sie — in dem von ihr allerdings als unmöglich angenommenen Falle — aufgelöst werden könnten, „wenn sie den gerechten Hoffnungen des Landes nicht entsprächen". Wann würde dieser Fall aber nach Gambettistischer Auffassung wohl eintreten? Sicher, wenn die Kammer zum ersten Male dem Ministerium Opposition macht. Dann würde man ihr wieder wie jetzt die Pistole auf die Brust setzen, und mit noch mehr Macht und Rückhalt als heute. Abdankung der Kammer oder Rücktritt Gambettas, über dieses Dilemma ist nicht herauszukommen; das Opfer des Verstandes würden viele Deputirte allenfalls noch bring n, die eigene Person aber zu opfern, scheint ihnen denn doch zu viel verlangt, selbst wenn dieses Verlangen von einem „Großministerium" an sie gerichtet wird.

Paris, 16. Januar. Das Revisionsprojekt ist noch immer die beherrschende Tagesfrage, welche die Presse in der schon gekennzeichneten überwiegend ablehnenden Polemik zu behandeln fortfährt. Das Projekt sammt Motiven wird in allen Gemeinden Frankreichs auf Befehl der Regierung öffentlich angeschlagen. Die Wahl der vorberathenden Kommission wird Mittwoch erwartet. Der radikale Deputirte Lokroy hat ein Gegenprojekt auf Revision der Verfassung eingebracht, mit Amendements von Naquet auf Beseitigung der Rechts des Präsidenten der Republik zur Auflösung der Kammer, ferner auf Erklärung der Unvereinbarkeit der Funktionen eines Ministers mit denen eines Deputirten oder Senators und Einräumung eines Suspensivvetos an den Senat.

Die alljährliche Gedenkmesse an den Tod Napoleons III. wurde heute in der Augustiner-Kirche unter Theilnahme vieler Koryphäen der bonapartistischen Partei abgehalten. Der Prinz Napoleon war nicht anwesend. Außer einer kleinen Manifestation für den bekannten bonapartistischen Arbeiterführer Amigues, wobei einige Personen verhaftet wurden, ist die öffentliche Ordnung auf der Straße nicht im geringsten gestört worden. Die Polize war ungewöhnlich zahlreich vertreten.

London, 14. Januar. Wie es heißt, beabsichtigen die Londoner Sozalisten demnächst eine große öffentliche Versammlung zu veranstalten, um gegen den kaiserlichen Erlaß und die Bismarck'sche Sozialpolitik einen energischen Protest zu erlassen.

An Bord der Fregatte „Triumph" (Flaggenschiff des britischen Pazifik-Geschwaders) ereignete sich, wie schon gemeldet, am 22. November v. J. auf der Höhe von Coquimbo an der chilenischen Küste ein beklagenswerthes Unglück. Durch eine Explosion von Xerotin (ein Stoff, welcher an Bord von Panzerschiffen verwendet wird, um Korrosion zwischen den doppelten Kielen zu verhüten) wurden drei Personen auf der Stelle getödtet, während sieben mehr oder weniger erhebliche Verletzungen davontrugen.

Der den Gebrüder Siemens gehörende Dampfer „Faraday" verließ am Mittwoch Charlton mit dem letzten Theil des für die amerikanische Firma Gould u. Co. fabrizirten neuen atlantischen Kabels an Bord. Das Kabel ist besonders stark und wiegt das Küstenende desselben 18 Tons per Meile. Der „Faraday" hat über 1100 Meilen Kabel an Bord und die ganze Länge desselben ist 3000 Meilen.

Provinzielles.

Stettin, 18. Januar. Mit dem Inkrafttreten der Stempelabgabe auf Lotterieloose beträgt der Einsatz von der 166. Lotterie ab für $^1/_4$ Loos zur 1. Klasse 9 Mk. 87 Pf.; zur 2. Klasse 9 Mark 66 Pf., zur 3. Klasse 9 Mk. 66 Pf. und zur 4. Klasse 12 Mk. 81 Pf.

— Unter der Bezeichnung „Heliosöl" wird jetzt ein Beleuchtungsstoff einzuführen gesucht, welcher dem Petroleum eine bedeutende Konkurrenz machen dürfte, da er billiger und gefahrloser als dieses ist und trotzdem eine größere Leuchtkraft erzeugen soll. Jede Petroleumlampe kann mit geringen Kosten umgeändert werden, um sie mit Heliosöl beleuchten zu können. Für Stettin hat hier Herr F. Riese, der Inhaber der Körperwägestube am Roßmarkt, eine Niederlage dieses Oeles übernommen.

— Im Anschlusse an den Zirkular-Erlaß vom 15. September 1879, betreffend die Ausführung des § 153, Absatz 2 des deutschen Gerichtsverfassungs-Gesetzes vom 27. Januar 1877, haben die Minister des Innern und der Justiz unterm 23. November v. J. die nachstehend benannten königlichen Forstschutzbeamten: Revierförster, Hegemeister, Förster, Forstaufseher und Forsthülfsjäger, sowie diejenigen Waldwärter, welche auf Forstanstellungsberechtigung nach den Bestimmungen des Regulatives vom 15. Februar 1879 (Minist. Blatt der inneren Verwaltung de 1879 S. 164 ff.) dienen, zu Hülfsbeamten der Staatsanwaltschaft bestellt.

Kunst und Literatur.

Theater für heute. Stadttheater: „Der Mann im Monde." Posse 3 Akten.

Unter dem Titel „**Berliner Hausblätter**" erscheint seit Beginn dieses Jahres in Berlin eine illustrirte Wochenschrift für das häusliche und öffentliche Leben der Berliner Gesellschaft. Das großstädtische Leben Berlins in fesselnder Form darzustellen, die Licht- und Schattenseiten der Millionenstadt in scharfen, interessanten Umrissen zu zeichnen, ist die Aufgabe dieses Sonntagsblattes. Was der Herausgeber Dr. Wasner und eine Anzahl hochangesehener Mitarbeiter bis jetzt geboten haben, berechtigt zu der Erwartung, daß die „Berliner Hausblätter" bald überall, wo man die Verhältnisse der deutschen Metropole mit Interesse verfolgt, ein beliebtes Familien-Journal sein werden.

Trotz des gediegenen Inhalts und der vornehmen Ausstattung beträgt der Abonnementspreis pro Quartal nur 1 Mk. 25 Pf. Wir können unsern Lesern dieses Sonntagsblatt bestens empfehlen.

Vermischtes.

— (Ein neues Gericht.) Je bunter sich die Bevölkerung der wachsenden Weltstadt zusammensetzt, um so mannigfaltiger werden hier auch die Sitten und Gebräuche des alltäglichen Lebens. Wir meinen nicht die Bereicherungen der Berliner Sprache mit Wörtern und Redewendungen, wie „daran vergessen, sich mit einer Sache freuen" und dergl., sondern die ganz materiellen Genüsse der Küche. Das polnische Zzrasi, das ungarische Guilacz, die rheinische Schwarzwurzel, die baierischen Knödel u. s. w. sind ja schon längst eingebürgert: hie und da findet man auch österreichische Knödel mit Powickel (Zwetschgenmus) und Gänsebraten mit bittern Mandeln und Bollen u. dergl. Wer darüber den Kopf schüttelt, dem kann man nur in's Gedächtniß rufen, daß über den Geschmack bekanntlich nicht zu streiten ist. Prüfet alles und das Beste behaltet. Von diesem Grundsatze ausgehend, registriren wir auch das neueste von Frankfurt am M., dem Orte der Apfelkultur, herübergekommene, zeitgemäße Wintergericht; es siud Bücklinge, zusammen mit reichlichen Apfelschnitten in Butter gebraten. Die säuerlichen weichen Aepfel schmecken in der That nicht übel neben den in Fett schwimmenden Bücklingen. Es kommt ja auf einen Versuch an.

— (Der Volkszählungszettel König Humbert's.) König Humbert von Italien hat den Volkszählungszettel wie jeder andere Bürger ausgefüllt. Derselbe enthält drei Namen in folgender Ordnung: Humbert von Savoyen, Margaretha von Savoyen, Viktor Emanuel von Savoyen. In der Kolonne für den Vater stehen die Namen: Viktor Emanuel, Ferdinand, Humbert. Alle anderen Rubriken des Alters, Geschlechts, Lesens und Schreibens sind vollständig eingetragen. Auf die Vermögensfrage steht als Antwort „Ja". In der Rubrik „Beruf" ist: „König von Italien, Königin von Italien, Erbprinz" angeführt. Bei der Rubrik wegen des Aufenthaltes in Rom heißt es „gewöhnlicher Aufenthalt, ja, ja, ja". Der Volkszählungszettel ist von König Humbert eigenhändig unterschrieben, jener für 1871 war vom General Cuggia im Namen des Königs Viktor Emanuel unterschrieben. Der kostbare Zettel wird in den Archiven des Kapitols aufbewahrt.

— (Die Königin straft.) Der englische Marine-Lieutenant Ponsonby, dessen herzloses Benehmen ein junges Mädchen Namens Emma Cummis, welches er unter glänzenden Versprechungen bewog, seine Geliebte zu werden, zum Selbstmord trieb und welchem die Leichenschau-Jury die moralische Verantwortlichkeit für den Tod der Unglücklichen zuschob, ist auf Befehl der Königin Viktoria von der Liste der pensionirten Marine-Offiziere gestrichen worden.

— (Garibaldi in Lebensgefahr.) Aus Rom wird den „Daily News" unterm 8. d. gemeldet: Gestern Abends kursirte ein Gerücht, daß Garibaldi gefährlich krank sei. Dieses jetzt dementirte Gerücht scheint seinen Ursprung in einem Unfall gefunden zu haben, welcher dem General vor einigen Tagen in seinem Inselheim Maddalena zugestoßen. Während er eine steile Straße hinabfuhr, schlug sein Wagen um und der General verletzte sich Kopf und Gliedmaßen auf den Steinen. Die Erschütterung betäubte ihn, aber er kam bald zu sich, und als er seinen kleinen Sohn Manlio weinen sah, sagte er: „Du willst ein guter Soldat werden und fürchtest Dich vor zwei Tropfen Blut?"

— (Hohes Alter.) Dieser Tage wurde der älteste Mann der katholischen Parochie in Wollstein zu Grabe bestattet. Es war dies der herrschaftliche Voigt Koneczek auf dem nahen Dominium Lehfelde. Trotz seines hohen Alters — derselbe war 102 Jahre alt — besuchte er fast allsonntäglich den Gottesdienst in der hiesigen katholischen Kirche und legte den Weg — etwa eine halbe Meile — immer zu Fuß zurück.

— (Eine merkwürdige Industrie.) In Paris besteht eine aus ungefähr fünfhundert Mitgliedern zusammengesetzte Gilde, die sich mit dem Sammeln und Präpariren weggeworfener Zigarrenenden befaßt. Dieselben verdienen per Mann täglich zwischen 4 und 5 Franks. In früher Morgenstunde halten sie auf den Boulevards reiche Ernte; ferner bestehen Verträge, die ihnen die Garçons der Kaffeehäuser dienstbar machen, die sich ihrerseits mit den Zigarrenenden der Gäste hübsche kleine Revenuen geschaffen. Dieser neue Erwerb bringt jährlich beinahe eine Million Franks ein, da besonders die ärmeren Klassen ihren Bedarf an Tabak sehr gerne mit den Ueberresten duftender Havannas decken.

Telegraphische Depeschen.

Wien, 17. Januar. Die meisten Blätter konstatiren, daß von einem Aufstande in der Crivoscie oder in der Herzegowina nicht die Rede sei und daß die entsendeten Truppen nicht die Aufgabe haben, einen Aufstand zu unterdrücken, sondern einem solchen zuvorzukommen.

Die Nachricht von dem Rücktritt des Kriegsministers Grafen Bylandt, welche auswärts verbreitet wurde, ist völlig unbegründet.

Petersburg, 17. Januar. Der „Regierungsbote" publizirt heute das Reichsbudget für das Jahr 1882. Dasselbe weist auf: Gewöhnliche Einnahme 654,217,870, diverse Einnahmen 22,165,068, extraordinäre Einnahmen aus dem Eisenbahnfond 22,744,293, zur Verfügung des Finanzministeriums im Auslande und Ueberreste der 5. Emission 5proz. Bankbillets 60,377,281, Ueberschüsse der ausgeführten Voranschläge bis zum 1. 1. Januar cr. 2,500,000, mithin Totaleinkünfte 762,004,512 Rubel.

Ordentliche Ausgaben: 658,595,151, diverse Ausgaben 22,165,068, extraordinäre Ausgaben für Rechnung der Eisenbahnfonds 22,744,293, Zahlung an die Staatsbank zur Tilgung der Schuld, Ausgaben der Kronsrechnung 50 Mill.; für unvorgesehene Ausgaben $8^1/_2$ Millionen; mithin Gesammtausgabe 762,004,572 Rbl.

London, 17. Januar. Der „Times" zufolge hat die Regierung beschlossen, Parnell und Dillon nicht in Freiheit zu setzen.

Northcorte hat die Mitglieder der Opposition durch ein Zirkular aufgefordert, bei Beginn der Parlamentssession am 7. Februar auf ihren Plätzen zu sein, da unzweifelhaft bei der gegenwärtigen kritischen Lage der Dinge in der nächsten Session schon bald nach deren Eröffnung sehr wichtige Verhandlungen zu erwarten seien.